



HELMUT SCHMIDT

Bundesfinanzminister

Anmerkung: Nach dem Rücktritt Willy Brandts als Regierungschef wählte der Bundestag Helmut Schmidt am 16. Mai 1974 zum 5. Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

VORTRAG AM 7. MAI 1974 ZUM ÜBERSEE-TAG



Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Präsident Professor Stödter und Herr Bürgermeister Schulz haben freundliche Bemerkungen über meine Anwesenheit hier heute morgen gemacht. Ich muß diese Bemerkungen ergänzen, denn ich will Ihnen nicht verschweigen, daß ich mit Willy Brandts Entscheidung nicht einverstanden war, weil ich den Anlaß dafür in keiner Weise für ausreichend befunden habe und daß ich ihm dringend abgeraten habe. Seinen Entschluß, Verantwortung öffentlich für etwas zu übernehmen, was er ganz gewiß nur zu einem sehr kleinen Teil selbst zu verantworten hatte, muß ich genauso respektieren wie jedermann sonst.

Es mag so sein, daß dieses Ereignis für eine kurze Wegstrecke ein wenig Unsicherheit in das öffentliche Leben bringt. Aber ich bin gewiß, daß unser Staat in vierzehn Tagen wieder eine auf festen Gleisen befindliche Bundesregierung haben wird.

Sie können sich, meine Damen und Herren, wohl die Gefühle vorstellen, welche die Frauen und Männer an der Spitze der beiden Parteien, die diese Regierung bis hierher getragen haben – und weiterhin tragen wollen –, im Augenblick hegen. Wir sind – und wir bleiben auch – dem scheidenden Bundeskanzler viel zu sehr verbunden, um dies Ereignis ohne innere Erschütterung hinzunehmen. Ich nehme an, daß es vielen von Ihnen – Herr Stödter hat das zum Ausdruck gebracht – und nicht nur den Arbeitern und nicht nur den Arbeitnehmern unter Ihnen – ähnlich geht.

Ich möchte heute Morgen gern darüber sprechen, wie es um unsere wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere um unsere außenwirtschaftliche Entwicklung und unsere außenwirtschaftliche Zukunft bestellt ist.

1. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland kann sich sehen lassen.

Tatsächlich steht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land recht gut. Schauen Sie nach England, nach Italien oder betrachten Sie die Preissteigerungen in Japan, in den Vereinigten Staaten von Amerika! Mit welcher Situation einer anderen Volkswirtschaft in der industriellen Welt würden wir denn eigentlich tauschen wollen. Wo wäre denn eine andere Volkswirtschaft in der gegenwärtigen inflatorischen Erschütterung der Weltwirtschaft mit der gleichen Exportkraft, wie wir sie in

den letzten Jahren immer wieder gezeigt haben, der es gelungen wäre, diese Weltinflation – jedenfalls für das eigene Haus – so weit zu dämpfen, wie es in diesem Lande gelungen ist. Und wo wäre denn eine Volkswirtschaft mit weniger Streiktagen als die deutsche? Und wo gibt es denn größere soziale, und ich füge hinzu: Wo gibt es denn größere gewerkschaftliche Stabilität?

Im „Handelsblatt“, das sich mit einem Vergleich der Beschäftigungssituation, des Wirtschaftswachstums und der Preisstabilität in den zehn wichtigsten Industriestaaten der Welt beschäftigte, habe ich neulich als Ergebnis dieses Vergleiches gelesen, daß, in Zahlen ausgedrückt und gemessen, die Summe für die BRD – wörtlich – „der insgesamt erzielbaren Bestleistung am nächsten kommt“. Ende des Zitats. – Und ich füge in Klammern hinzu, man hätte auch die währungspolitische Situation in den Vergleich wenigstens noch einbeziehen können, oder wie bei uns die wissenschaftlichen Ökonomen sagen, das „Maß an außenwirtschaftlicher Absicherung“. Nun sagen manche, und ich sage es auch: Das mag ja ganz gut sein „mit dieser Bestleistung“, aber es ist uns nicht gut genug. Wir sehen viele Fehler, und wir haben viele Sorgen. Das mag nicht nur so gesagt werden, das ist auch wahr.

Aber es ist auch wahr zu sagen: Dieses Land ist in den letzten Jahren in seiner wirtschaftlichen Entwicklung der insgesamt erzielbaren Bestleistung im Vergleich mit der ganzen Welt am nächsten gekommen. Ich wiederhole mit Absicht diese Formulierung unserer wichtigsten Wirtschaftszeitung. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen – auch wenn das manche vielleicht nicht ganz so sehen, ich jedenfalls sehe es so –, daß der scheidende Bundeskanzler viele Jahre lang einen ganz wesentlichen Anteil an dem Zustandekommen dieser Leistung hatte, an dieser Summe, die ich ähnlich sehe, wie sie in dieser Zeitung charakterisiert worden ist. Trotzdem haben wir alle unsere Sorgen. In Klammern gesagt: Wenn wir keine Sorgen hätten, würde uns ja auch der Kamm schwellen; einigen schwilkt der Kamm, weil sie nicht genug Sorgen haben, weil andere ihnen die Sorgen zu sehr abnehmen.

2. Export – Grundpfeiler des Wohlstands unseres Landes.

Wir haben unsere Sorgen, und ich möchte heute über unsere außenwirtschaftlichen Sorgen sprechen. Bitte sehen Sie mir nach, daß ich während der letzten zwei, drei Tage und Abende nicht dazu gekommen bin, mich mit einem von anderen für mich sorgfältig vorbereiteten Manuskript zu befassen, daß ich also ein bißchen freier formuliere, als es vielleicht bei solcher Gelegenheit für angemessen angesehen werden muß.

Der Export machte 1973 22 Prozent unseres Bruttonzialproduktes aus, der Import ungefähr 20 Prozent. Die Zahlen können sich in diesem Jahr ein bißchen ändern; aber ein Fünftel des Bruttonzialprodukts ist das Maß für unsere Außenwirtschaft. Die Exportfähigkeit ist einer der Grundpfeiler, auf denen der Wohlstand der Bürger unseres Landes beruht. Exportfähigkeit heißt: Wirtschaftliche, industrielle Leistungsfähigkeit. Übrigens, industrielle Leistungsfähigkeit heißt unter anderem auch: Soziale Leistungsfähigkeit. Wir befinden uns hier auf dem Boden eines ziemlich neuen Werkes, das von einem Unternehmer aufgebaut worden ist, der sich und seine Konzeption gegen viele alte Insider seiner Branche hat durchsetzen müssen. Sicherlich nicht ganz leicht; auf der anderen Seite ein Zeichen dafür, daß der von manchen über Gebühr gelobte, von manchen als unerheblich abgewertete Wettbewerb bisweilen eben doch funktioniert und zu Erfolgen führen kann; nicht zuletzt wegen der technologischen Leistung.

In der „Kort-Gruppe“ gehört dieses Unternehmen nun – neben Salzgitter und Krupp – zu den dreien – oder sind es inzwischen vier geworden –, die das größte bisher von der Sowjetunion vergebene Projekt ausführen sollen. Wobei dieses Stahlwerk Kort vielleicht ein sehr gutes, vielleicht sogar ein Musterbeispiel ist für den Export an „advanced technology“ in der Anlagenindustrie. Und dies ist nun der Platz Hamburgs, an dem diese Demonstrationsanlagen der Welt vorgeführt werden.

Ich kann einer solchen Leistung, wie sie sich unter anderem in diesem Werk hier darbietet, nur Respekt zollen. Man kann beinahe so weit gehen zu sagen, daß das Ausmaß an „advanced technology“ in unserem Export in Zukunft mehr und mehr ein Indikator werden wird für die eigene Leistung. Ich halte das – da ich vom Export rede – für eine richtungsweisende Entwicklung.

Diese zunehmende Bedeutung der Technologie-Komponente in unserer Außenwirtschaft, in unserer Exportwirtschaft, ist für mich einer der Gründe, eine der Begründungen für die Erwartung, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in der jetzt im Gang befindlichen, tiefgreifenden Umstrukturierung der Weltwirtschaft – der Bürgermeister hat eben davon gesprochen – ihre Spitzenstellung halten wird.

Nun will ich keine euphorischen Bemerkungen machen. Jeder von uns weiß, daß die vor uns liegenden Zeiten in der Außenwirtschaft nicht einfach sein werden. Und jedermann muß auch wissen, daß uns auch unsere eigenen Außenhandelsüberschüsse, vor allen Dingen die Überschüsse der Leistungsbilanz, nicht nur angenehm sind, sondern uns Probleme bereiten. Sie bedeuten netto: Übertragung realer Resourcen an das Ausland, und sie bedeuten für unsere Wirtschafts- und Handelspartner eben die Kehrseite unserer Überschüsse, nämlich deren Defizite.

3. Inflatorische Entwicklung der Weltwirtschaft.

Die Weltwirtschaft und die Europäische Gemeinschaft kranken im Augenblick daran, daß zu viele Länder – zum Teil durch eigene Schuld, zum Teil durch Ursachen und Anlässe, die sie selbst nicht zu verantworten haben – in eine defizitäre Situation ihrer eigenen Handels- und Leistungsbilanzen geraten sind, einer der im Prozeß auf Verstärkung hinwirkenden Faktoren hinsichtlich des Zusammenbruchs des alten Weltwährungssystems von Bretton Woods.

Diese Zahlungsbilanzprobleme, die viele an der Weltwirtschaft beteiligte Staaten haben, lösen naturgemäß bei den Regierungen dieser Staaten die Frage aus, wie sie denn auf die Dauer ihren Defiziten begegnen können. Und natürlich müssen sie auf die Dauer diesen Zahlungsbilanzdefiziten begegnen, wenn überhaupt der freie Welt- handel erhalten bleiben soll. Wenn ein Land wie – vor unserer Haustür liegend – Italien zu Maßnahmen, die wir alle beklagt haben, gegriffen hat, dann bitte ich Sie, sich darüber klar zu werden, daß das nur ein kleiner Anfang von dem ist, was insgesamt auf der Welt geschehen könnte durch Regierungen, die sich in ähnlicher Situation sehen wie die Regierung Italiens. Es gibt allzu viele Staaten auf der Welt, die zu lange mehr verbraucht haben, als sie selber produziert haben. Die Bundesrepublik hat mehr produziert als sie verbraucht hat – siehe Exportüberschüsse.

Nun ist das alles agraviert worden durch die Explosion der Ölpreise. Da hat es zunächst Schwierigkeiten gegeben, die sogenannte Ölkrisse auf der Welt richtig einzuschätzen. Inzwischen haben sich die Rauchschwaden verzogen und man sieht sich nun auf einer sehr viel höheren Preisebene wieder. Aber auch die Ebene, auf der man sich der bestehenden Probleme bewußt wird, ist durchaus höher.

Was die bestehenden Probleme angeht: Es gibt hier in Hamburg eine wissenschaftliche Einrichtung, die nennt sich Hamburgisches WeltWirtschaftsarchiv (HWWA). Ich verfolge jeden Monat die Indexzahlen, die das HWWA über die Rohstoffpreise in der Welt bekannt gibt. Das, was ich gesagt habe über die inflatorische Entwicklung der Weltwirtschaft, schlägt sich zum Beispiel in diesem Rohstoffpreisindex nieder. Sehen Sie sich den für März 1974 an; er liegt beinahe 100 Prozent über demjenigen für März 1973. Ich halte hier keine defensive Rede, wenn ich sage: Derjenige, der verlangt, wir wollten solche Preisanstiege der Weltwirtschaft – die Importwaren sind insgesamt im gewogenen Durchschnitt für unser Land in 12 Monaten um über 35 Prozent gestiegen – durch binnenwirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen auf Null drehen, der hat sich entweder hinreißen lassen von seinem politischen Temperament, oder er versteht nichts von der Sache. Das heißt aber nicht, daß man diese 35 Prozent – bei den Rohstoffen gar 100 Prozent – voll wirken lassen darf auf die eigenen Preise. Die klassischen Mittel, um solche Wirkungen abzufangen, liegen in der Währungspolitik. Diese sind in Deutschland benutzt worden. Sie können aber nicht mehr mit vollem, die Weltmarktpreise kompensierendem Erfolg in Zukunft benutzt werden. Sie konnten schon seit Ende 1972 nicht mehr diesen Effekt haben. Kein Mensch kann in diesem Tempo aufwerten, ganz abgesehen davon, daß bei floatenden Wechselkursen der Außenwert der D-Mark einer Willensentscheidung der jeweiligen Regierung entzogen ist. Aber selbst, wenn aus der Vielzahl von Entscheidungen, die Sie als private Unternehmer oder als Banker oder wir als Staat treffen, ein stetig ansteigender Kurs der D-Mark zustande gebracht würde, so darf man das aus guten Gründen nicht übertreiben.

Das liegt in erster Linie darin begründet, daß jede Aufwärtsentwicklung unseres Wechselkurses oder jede Aufwertung eine Beeinträchtigung darstellt für diejenigen, die Güter oder Dienstleistungen exportieren müssen. Ich brauche der Schifffahrt hier in Hamburg nicht zu sagen, was Aufwertung für sie bedeutet. Natürlich kann man die Aufwärtsbewegung eines Wechselkurses so hoch treiben, daß der Export ganz gefährdet wird. Dies werden wir aber nicht tun.

Jeder wird mir inzwischen bestätigen, daß alle Unkereien – nicht nur von seiten der Stahlindustrie, auch von den Seeschiffswerften an der Küste –, daß die Wirtschaft unter den Auswirkungen der Aufwertungen, die wir im Laufe der vergangenen Jahre vorgenommen haben, zusammenbrechen würde, unzutreffend waren. Lassen Sie mich zur Weltwirtschaft zurückkommen.

4. Die Weltwirtschaft strukturiert sich neu.

Wir haben uns in den letzten 25 Jahren daran gewöhnt – überall in der Welt – daß es auf der einen Seite „industrialisierte Kraftprotze“ und auf der anderen Seite unterentwickelte Länder gibt. Das ändert sich jetzt. Man wird in Zukunft nicht nur einfach von der „Dritten Welt“ sprechen können.

Mein Freund Theo Sommer hat neulich einmal ein Wort geprägt, das noch etwas ganz anderes meint. „Es gibt in Zukunft neben dem kommunistischen Wirtschaftsbereich und dem östlich industrialisierten Wirtschaftsbereich zu dem natürlich auch Japan gehört, nicht nur eine ‚Dritte Welt‘ der weniger Entwickelten, sondern es gibt auch noch eine ganz andere Welt, die der zwar nicht entwickelten, aber rohstoffreichen Länder, die ein völlig anderes Schicksal nehmen werden im Laufe der nächsten Jahre als diejenigen der Entwicklungsländer, die nicht über Rohstoffe verfügen“. Eine Differenzierung bricht hier auf, die wir so scharf allesamt nicht vorausgesehen haben. Sie wirft Zahlungsbilanzprobleme auf, von denen man heute bestenfalls die Proportionen erkennt, nicht aber etwa die Lösungen parat hat. Und sie wirft Probleme der Anlagen und Investitionen auf, da die für Rohstoffe zu zahlenden Preise – monetäre Werte – zu Erlösen führen sollen, das heißt angelegt werden wollen. Ich denke, daß wir, die industriellen Gesellschaften, anerkennen und einsehen müssen, daß wir vielleicht zu lange mit für uns, die Industriegesellschaften, relativ günstigen Rohstoffpreisen haben leben dürfen.

Ob zu lange oder nicht, jedenfalls steht es nicht in unserer Macht, die jetzt ausgebrokeene Revolution der „Terms of Trade“ rückgängig zu machen. Die Preise für Rohstoffe steigen, und die Preise für Industriegüter im Verhältnis zu den Rohstoffen fallen. Anders ausgedrückt: Wir haben es im Augenblick mit einem weltweiten Verteilungskampf zu tun, in dem die Bürger der rohstoffreichen Länder auf dem Vormarsch sind und die Bürger der Produktions-, der Industrieländer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um ihren Lebensstandard zu halten. Schauen Sie auf die Entwicklung der Netto-Reallöhne in den Vereinigten Staaten oder in England! Und wir können gleichfalls sehen, wie die Bürger der rohstoffarmen Entwicklungsländer, in die allergrößte Gefahr geraten.

Auf der anderen Seite denke ich, daß die Rohstoffländer, die sich hier – man muß es zugeben – so erfolgreich bewegt haben im Laufe der letzten drei, vier Jahre – insbesondere die Öl-Länder –, ausgehend von ökonomischen Zwängen, lernen müssen, daß sie „die Hennen nicht schlachten dürfen, die für sie die goldenen Eier legen“. Ich will das ein wenig fachlicher ausdrücken: Die „Rohstoff-Entwicklungsländer“ wissen, daß sie das technologische, das wirtschaftliche Potential der Industriegesellschaften für ihre eigene Industrialisierung brauchen. Übrigens, nicht alle müssen sich industrialisieren; einige von ihnen sind so bevölkerungsarm, daß eine Industrialisierung nicht viel Sinn hätte. Sie wissen außerdem auch, daß sie den Erfolg des Kartells, das sowohl Mengenbeschränkung als auch Preispolitik betreibt, nicht so weit treiben dürfen, enorme technologische und investitorische Möglichkeiten der Industriegesellschaften zu provozieren. Es wäre dann denkbar, daß wir in einer gewaltigen Kraftanstrengung – sie mag fünf oder acht Jahre andauern – uns zum Teil unabhängig machen von dem, wovon andere im Augenblick meinen, sie säßen sicher drauf und sollten es lieber in der Erde lassen, dann werde es im Preis noch weiterhin steigen. Dabei kann man sich auch verkalkulieren.

Ganz sicher muß die industrielle Welt, müssen die Industriegesellschaften große Anstrengungen machen. Das geht nur gemeinsam, das geht nota bene nur, wenn bei einer solchen Anstrengung die Vereinigten Staaten von Amerika eine führende Rolle spielen. Es kann möglich sein, daß gewisse Rohstoffe oder Energien, wenn wir es weiterhin ausschließlich den einzelnen Entscheidungen der am Markt Beteiligten in unseren Gesellschaften überlassen, knapp werden und es zu einer Energieknappheit insgesamt kommt. Damit sie nicht eintritt und damit die Produzentenländer sehen, zu welcher technologischen Leistung wir fähig sind, müssen wir auch ernsthaft damit anfangen, Alternativlösungen zu suchen.

Was über Öl gesagt und gedacht wird in diesen Monaten, das gilt – mutatis mutandis – für die allermeisten Rohstoffe. Und wenn es heute noch für einige nicht gilt, wird es morgen oder übermorgen auch für diese Geltung haben. Die politische Situation wird von allen politischen Eliten oder Regierungen dieser Länder so verstanden werden, wie die Öl-Länder es im Laufe des vorigen Jahrzehnts verstanden haben. Auch da aggravieren noch einmal die Zahlungsbilanzprobleme einer Reihe von Ländern, die immer teurer werdende Rohstoffe einführen müssen.

5. Nationale Interessen gefährden die internationale Währungs- und Handelspolitik.

Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods, der sich schrittweise vollzogen hat und damit anfing, daß einige Länder darauf verzichteten, amerikanische Dollars in Amerika in Gold umzutauschen – aus vornehmer Kooperation darauf verzichteten –, hat eine Reihe von Gründen. Die will ich hier nicht analysieren. Ich will auch keinem anderen zunahetreten, was man bei einer solchen Analyse eigentlich müßte. Jedenfalls, das System der festen Wechselkurse ist dahin. Und wenn es nicht im Frühjahr 1973 unter französischer, deutscher und amerikanischer Führung beseitigt worden wäre, dann hätte es im Laufe dieser letzten zwölf Monate eine unvorstellbare Kette von Währungskrisen gegeben, Liquiditätsschwierigkeiten, die sich kein Mensch vorstellen kann.

Alle die Pläne, die wir sorgfältig auf internationaler Ebene gemeinsam für die Herstellung eines neuen Weltwährungssystems ausgearbeitet haben, das nicht auf dem Gold als zentraler Währungsreserve, sondern auf den berühmten Sonderziehungsrechten beruht, können einstweilen nicht in Kraft gesetzt werden, selbst wenn es auf Punkt und Komma richtig ausgerechnet wäre, weil keiner – fast keiner – der Staaten durch eine Entscheidung seiner Regierung – durch irgendeine Entscheidung – festlegen kann, daß dies oder jenes in Zukunft die Parität seiner Währung sein soll.

Wir fühlen uns stark genug, gegen alle möglichen spekulativen oder nichtspekulativen Kräfte des Marktes in Zukunft durch Intervention diesen Währungskurs zu halten. Das ist allerdings nicht möglich, – zumal nicht bei dieser dynamischen, eruptiven Entwicklung der Rohstoffpreise und bei der befürchteten Reaktion solcher Länder, deren Zahlungsbilanz zu größten Sorgen Anlaß gibt – wenn sich die in einigen Ländern abzeichnende Tendenz zu Eingriffen in den Handel durchsetzt. Wenn in Italien der Import von einigen Gütern versteuert wird, so ist das natürlich für bestimmte Gebiete der Bundesrepublik, die einen Teil ihrer Beschäftigung und ihrer Erträge bisher darin fanden, bestimmte Waren nach Italien zu liefern, eine fühlbare, für manche Wirtschaftszweige, z.B. für die bayerische Landwirtschaft, eine sehr fühlbare Beeinträchtigung. Falls dieses Beispiel Schule macht, kann man sich vorstellen, daß auch für solche Länder Gefahren entstehen, die währungs- und zahlungsbilanzpolitisch gesund sind.

Auch wir werden durch eine solche Entwicklung – Beeinträchtigung des freien Welthandels – in Mitleidenschaft gezogen. Ich wiederhole: Ein Fünftel unseres Sozialprodukts besteht aus unserem Import und Export. Davon lebt der größte Teil der Menschen, die hier in diesem Felde tätig sind, ob als Arbeitnehmer oder in den Leitungen der Unternehmen. Infolgedessen hat die Bundesrepublik Deutschland – nicht nur aus altruistischen Gründen gegenüber der ganzen Welt, sondern – wie ich hoffe, verständlich gemacht zu haben – aus sehr eigensüchtigen Gründen Anlaß genug, alles in ihrer Kraft und Macht stehende zu tun, diese bedrohliche Entwicklung in der Weltwirtschaft abzufangen.

Das, was ich Ihnen anzudeuten versucht habe über die unerfreulichen Möglichkeiten, ist gewiß keine Schwarzmalerei, meine Damen und Herren. Das sind sehr reale Möglichkeiten, selbst innerhalb des relativ kleinen und relativ homogenen Bereichs der Europäischen Gemeinschaft. Ich denke, daß es notwendig ist, daß wir bei allen Gelegenheiten, die sich bieten, der Welt sagen, daß auf die Dauer mit hierarchischen Politiken von Lieferanten – die es noch nicht gibt, aber die sicherlich entstehen werden, wenn das so bleibt –, auf die Dauer einer zwischen Produzentenländern und Rohstoffempfängerländern vereinbarten Rohstoffpolitik nicht ausgewichen werden kann; auch wenn das gegen die heiligen Grundsätze der marktwirtschaftlichen Ideologie verstößt.

Es wird lange dauern, und es wird ein mühseliges Geschäft werden. Die gedanklichen Grundlagen für die Politik, die das ermöglichen müßte, sind im Augenblick erst im Keim vorhanden. Vielleicht kann der Öl-Bereich im Laufe der nächsten Jahre so etwas wie ein „filet-team“ auf solchem Gebiete zur Verfügung stellen. Das wird schon schwierig genug sein. Es war und ist ja – wie jeder von Ihnen weiß – innerhalb der kleinen Einheit EG schon ungewöhnlich schwer, sich zu einer gemeinsamen Ölpolitik zusammenzufinden.

Ich denke, daß die Einhaltung der Pflichten aus dem GATT durch die Regierungen nur erwartet werden kann, wenn man gleichzeitig davon ausgeht, daß es eine einigermaßen erfolgreiche internationale Rohstoffpolitik geben muß. Wenn es sie nicht gibt, ist es undenkbar, daß eine Reihe von Ländern auf die Dauer bei ihren GATT-Pflichten bleiben können.

In dem Zusammenhang gewinnen internationale Organisationen an Bedeutung, die diese Aufgabe zu klären, zu definieren haben und anschließend versuchen müssen, ihre Mitglieder dafür zu gewinnen, gemeinsam mit ihnen diese Aufgabe zu lösen: der Weltwährungsfonds etwa oder die Weltbank oder die OECD. Alles das ist erst im Ansatz vorhanden.

6. Nationale Anstrengungen sind die Basis für die Gesundung der Weltwirtschaft.

Weiterhin scheint es auch dringend notwendig, jedem Land zu sagen, daß es auf die Dauer selbst die volle Verantwortung für seine eigene Zahlungsbilanz und für seinen eigenen Wechselkurs zu tragen hat. Selbst dann, wenn die gegenwärtig weltweite Rohstoffhausse beendet werden könnte oder sich abflachen würde, werden die inflationären Gefahren für die Weltwirtschaft nicht abgewendet, die sich doch aus vielen Quellen nähren, nicht nur aus der Quelle der Rohstoffpreise.

Die Inflation der Weltwirtschaft hat nationale Sprünge. In vielen Ländern ist der Verbrauch stärker gestiegen – sei es durch die privaten Verbraucher, sei es durch den Staat –, als in Wirklichkeit verdient worden ist. Da gibt es Länder mit erstaunlichen Budgetdefiziten. Es gibt sogar in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein Land, das ich lieber nicht nennen will, mit einem Budgetdefizit, das noch nicht einmal durch den Kapitalmarkt gedeckt wird, sondern durch die Notenbank. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn einerseits die Preise im eigenen Land an die Decke stoßen und andererseits im eigenen Land so viel Kaufkraft vorhanden ist, daß der Bedarf in wachsendem Maße durch den Import gedeckt werden muß; infolgedessen geht der eigene Wechselkurs „in den Keller“.

Allzu viele Länder haben in den letzten drei, vier Jahren gegenüber den vielfältigen Ansprüchen, die soziale Gruppen – soziale Gruppen in allen Etagen – an sie gestellt haben, nachgegeben. Sie haben gemeint, mehr Ruhe und Frieden im eigenen Bereich zu haben, wenn sie nominalen Ansprüchen nachgeben, obwohl sie wußten, daß real dabei nichts herauskommen kann.

Jedes Jahr werden in der Bundesrepublik Deutschland Ansprüche an das Bruttosozialprodukt gestellt. Von den Unternehmern, die Erträge erwirtschaften wollen, um daraus einen gewissen Anteil Eigenfinanzierung für notwendige Investitionen zu haben; von den Arbeitnehmern, die ihren Reallohn steigern wollen; von den Rentnern, von der Landwirtschaft und von den Beamten. Es werden Ansprüche gestellt, die, wenn Sie das summieren, ungefähr 130 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. 100 Prozent sind aber nur zu verteilen in jedem Jahr. Wir können uns auf den Kopf stellen, aber jedes Jahr hat das Sozialprodukt nur 100 Prozent; und

trotzdem werden jedes Jahr wieder 130 Prozent verlangt. Dann wird in großen Abwehrschlachten versucht, das zu reduzieren. Die Parlamente haben früher einmal die Aufgabe gehabt, darüber zu wachen, daß die Fürsten und deren Kämmerer nicht zuviel Geld ausgeben. Heute ist das genau umgekehrt, denn heute sind die Kämmerer in den Staaten diejenigen, die gegen die Parlamente kämpfen müssen, egal um welche Partei und Fraktion es sich handelt. Die Parlamentarier beschließen leicht höhere Ausgaben, weil sie natürlich meinen, daß hier ein Bedarf besteht, der gedeckt werden muß. Im Einzelfall läßt sich das leicht einsehen und beschließen. Nur, in der Summation dürfen nicht nominell 110 Prozent Ansprüche an ein Bruttosozialprodukt akzeptiert werden, wenn doch nur 100 Prozent am Ende des Jahres zur Verfügung stehen. Die 10 Prozent, die a nomine an Ansprüchen zusätzlich gewährt werden, führen eben zu einer nominalen Erhöhung des Bruttosozialprodukts von 100 auf 110 Prozent. Das ist alles, was dabei herauskommt. Das reale Produkt bleibt dasselbe, nur ist es inzwischen dann um 10 Prozent teurer geworden. Weil dieses nicht immer richtig erkannt wird, haben viele Staaten in der Welt in den letzten Jahren in ihren eigenen Volkswirtschaften hohe Inflationsraten entstehen lassen. Dazu kommt eine Kreditpolitik, die – von dem sicheren Hort der Bundesrepublik aus – natürlich leicht zu kritisieren ist. Ich will das nicht tun, aber jeder wird verstanden haben, was ich zwischen den Zeilen gesagt habe: Auch in unserem Lande gibt es die gleiche Gefahr, und sie spielt hier eine große Rolle und bereitet uns auch binnengesellschaftlich Sorgen. Gleichwohl, niemand kann sagen, von unserem Lande sei ein inflatorischer Einfluß auf die Weltwirtschaft ausgegangen. Im Gegenteil; und darum ist es vielleicht ganz gut, wenn Sie nicht nur die Rundschreiben des BDI lesen, sondern auch ein bißchen auf das hören, was Ihre Geschäftspartner im Ausland über unsere deutsche wirtschaftliche Entwicklung sagen, ob sie in London sitzen oder Mailand, in Amerika oder in Paris.

Es besteht auf der anderen Seite kein Grund, sich hier in die Brust zu werfen „mit dem Daumen in der Weste“. Dazu besteht wirklich kein Grund. Wir haben wegen unseres großen Gewichts in der Weltwirtschaft – wir exportieren mehr als die Vereinigten Staaten von Amerika –, die Verpflichtung, positiv Einfluß zu nehmen bzw. ein Beispiel zu geben. Dies haben wir versucht mit einer Stabilitätspolitik, die wir bis an die Grenze der Gefährdung der eigenen Beschäftigung betrieben haben. Wir haben das vorexerziert mit einer beinahe vorbildlichen Liberalität unserer Handelspolitik. Beinahe, es gibt ein paar Ausnahmen, wo es aus Rücksicht auf bestimmte schwer bedrängte Industriebereiche nicht anders möglich war.

7. Nationale Anstrengungen sind auch Voraussetzung für Hilfe.

Wir sind natürlich auch bereit, anderen zu helfen. Wir geben uns große Mühe, diesen Wechselkursverbund der „Schlange“ – kleiner, wie er leider geworden ist – aufrechtzuerhalten. Daß England, Irland, Italien und Frankreich ausgeschieden sind, hatte seine Gründe nicht zuletzt darin, daß diese Staaten eine Budgetpolitik, eine Steuerpolitik und eine Kreditpolitik betrieben haben, die insgesamt ihre Zahlungsbilanz beeinträchtigten und zu höheren Inflationsraten führen mußte. Das kann man natürlich besser ertragen, wenn man aus einem Wechselkursverbund ausscheidet und seine eigene Währung frei floaten läßt, das heißt mit anderen Worten, frei fallen läßt. Und wenn sie dann zuviel fällt, dann nimmt man seine Währungsreserven und bringt sie auf den Markt, bis sie verbraucht sind und nur noch Gold zur Verfügung steht. Dann bittet man darum, doch einverstanden zu sein, nun auch das Gold einzusetzen zu dürfen. Wir haben nichts dagegen; wir haben daran aber auch kein Interesse.

Die Schlange, die heute besteht aus den drei Benelux-Ländern, Dänemark und uns, der sich ohne Rechtsverpflichtung kooperativ auch Norwegen und Schweden bedienen – indirekt angelehnt gehören ja auch Österreich und die Schweiz dazu –, setzt natürlich voraus, daß wir auch denen helfen, die hier unsere Partner sind. Wir haben ein Interesse daran, daß diese Länder eine stabilisierende Wirtschaftspolitik betreiben. Deswegen helfen wir ihnen, ihre Zahlungsbilanzen in Ordnung zu halten. Das bringt die Notwendigkeit des Opfers mit sich. Ich will nur sagen: Wer das nicht versteht und wer aus krasser deutscher Eigensucht diesen Wechselkursverbund zerstören möchte – wobei diese krasse Eigensucht durchaus wissenschaftlich begrün-

det werden kann, ohne daß die Eigensucht dabei in Erscheinung tritt –, der über sieht die Gefahr des Scheiterns. Wenn es nicht möglich ist, innerhalb eines so relativ kleinen Verbundes homogener Volkswirtschaften wie etwa der holländischen, der belgischen und unserer, eine so weit koordinierte gesamtökonomische Politik zu treiben, daß die Wechselkurse um nicht mehr als $2 \frac{1}{4}$ Prozent voneinander floaten, dann ist damit – für viele wahrscheinlich endgültig – gezeigt, daß es in dem größeren Verbunde der EG überhaupt niemals zu einer Währungsunion kommen kann. Denn diese ist ja noch viel heterogener, wenn ich Irland und Schottland und das Mezzogiorno einbeziehe. Also auch aus zentralen außenpolitischen, europapolitischen Gründen, nicht nur aus Stabilisierungsgründen, haben wir ein großes Interesse daran, daß wenigstens dieser Kernbereich einer ökonomischen Zusammenarbeit, die über die Zollunion der EG hinausgeht, erhalten, gestärkt, vitalisiert wird. Wir würden es gern sehen, wenn andere Partner der EG sich ökonomisch so verhielten, daß sie im Laufe der Entwicklung dem Währungsverband wieder beitreten können. Ich gebe hierzu aber keine Prognosen ab.

Natürlich sind wir auch durchaus bereit, anderen Partnern ökonomisch zu helfen. Nur, wenn wir uns schon nicht zum „Arzt“ aufschwingen wollen – und das wollen wir ganz gewiß nicht –, so wollen wir doch unsere Bereitschaft zu einer gewissen Blutspenderfunktion hier zum Ausdruck bringen. Das können wir dann aber nur tun in dem Maße, in dem diejenigen, die Transfusionen erwarten, bereit sind, die gemeinsam verordnete Medizin zu schlucken, auch wenn sie sehr bitter schmeckt. Und die gemeinsam verordnete Medizin in solchen Fällen muß sich beziehen auf die Budgetpolitik, auf die Fiskalpolitik, auf die Kreditpolitik dieser Partnerstaaten. Natürlich wird sie nicht von der Bundesrepublik verschrieben werden. Sie muß von der Gemeinschaft in Brüssel formuliert werden. Aber wenn sie nicht formuliert wird, wenn keine Aussicht besteht, daß sie akzeptiert wird, dann sind alle Transfusionen nur Tropfen auf den heißen Stein, die nur Arbeit und Zeit kosten. Das wollte ich in bezug auf einen aktuellen Fall, der uns in den letzten Tagen alle sehr bewegte, hier gesagt haben.

8. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit heißt auch soziale Leistungsfähigkeit.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht und möchte hier abschließen mit einem Wort über Hamburg. Für einen, der in dieser Stadt geboren und groß geworden ist, der von ihr geprägt worden ist, hieße es, Eulen nach Athen zu tragen, wenn man über die Vorzüge dieser Kombination von Dienstleistung, Hafen und Schiffahrt, Handel, Industrie, über diese Kombination von Traditionssinn – konservativ nicht nur auf der Elbchaussee, sondern auch in den Bezirken der Sozialdemokratischen Partei –, weltoffenem Fortschritt und unternehmerischem Handeln auf der einen Seite sowie sozialer Verpflichtung und sozialem Fortschritt auf der anderen Seite reden wollte. Vielleicht ist es manchmal schon nützlicher, für die Hamburger unter ihnen, wenn über die deficiencies, über die Mängel Hamburgs der Spiegel vorgehalten wird. Das will ich auch nicht tun, denn das ist nicht meine Sache heute.

Ich habe immer einen gewissen Stolz auf diese Stadt empfunden, wenn ich mich in den letzten zwanzig Jahren in anderen Teilen des Vaterlandes umgesehen habe. Ich denke, daß eine Sache jedenfalls, die hier in Hamburg über Generationen zu stande gebracht worden ist und die jedes Jahr erneut ein bißchen weitergebracht und gefördert wird, beispielgebend, vielleicht sogar schon symptomatisch sein könnte für das, was sich in der Bundesrepublik vollzieht oder zum Teil noch vollziehen muß; die stetige Steigerung der eigenen wirtschaftlichen Leistung zu Nutz und Wohle aller daran Beteiligten. Das ist aber nur möglich auf der Grundlage dessen, daß jeder Beteiligte sich sicher fühlen kann, respektiert und geachtet zu werden. Er muß das Gefühl haben, als einzelner ernst genommen zu werden und sicher sein zu können, daß seine soziale Lage nicht angetastet, sondern schrittweise und fair verbessert wird. Wenn Sie so wollen: Der Wohlstand dieser Kaufmannsstadt beruht darauf, daß das funktioniert hat in den letzten Generationen und auch weiter funktionieren wird. Und, meine Damen und Herren: Es beruht darauf, daß das auch in der ganzen Bundesrepublik so gut, so relativ gut im Verhältnis zu anderen Ländern funktioniert hat. Darauf basiert die Exportkraft der deutschen Wirtschaft.

Ich glaube nicht, daß ein Ingenieur in diesem Zelt aufstehen und behaupten wollte, die deutschen Ingenieure seien besser als die englischen. Ich glaube nicht, daß Herr Münchmeyer oder seine Kollegen aufstehen würden, um zu sagen, die deutschen Bankiers seien tüchtiger als die englischen. Ich glaube nicht, daß die Arbeiter dieses Werkes hier der Meinung sind, sie leisteten mehr als die Arbeiter eines Stahlwerkes in England oder in Frankreich. Das glaube ich nicht und das kann ich mir nicht vorstellen. Ich würde das für Arroganz halten. Vielleicht haben wir nur das Glück gehabt, ein bißchen früher als andere – gegen Mitte oder Ende der fünfziger Jahre fing es bei uns an –, zu begreifen und auch danach zu handeln, daß die Ausdehnung der wirtschaftlichen Leistungen nur möglich ist, wenn jeder, der daran beteiligt ist, davon ausgehen kann, daß er seinen fairen Anteil daran bekommt. Die Stabilität der sozialen und gesellschaftlichen Ordnung in unserem Lande ist die eigentliche Grundlage für unsere relativ große Leistungskraft, wenn wir uns vergleichen mit anderen Industriegesellschaften.

Ich bitte, jetzt einmal an die Unternehmer unter Ihnen sagen zu dürfen: Ich kann gut verstehen, wenn Sie, so wie damals 1957, als unter einer Adenauer-Regierung die Rentendynamik eingeführt wurde und jedermann glaubte, die Gesellschaft könne das nicht ertragen, das führe zur Inflation, die Welt werde zusammenbrechen und Deutschlands Exportkraft werde sinken, heute die gleichen Bedenken vortragen, wenn von Vermögensbildung, von Mitbestimmung die Rede ist. Ich kann gut verstehen, daß Sie vor vier Jahren, vor drei Jahren, vor zwei Jahren, vor zwölf Monaten Ihre Bedenken vorgetragen haben, wenn wir um des Wohlstands aller willen die D-Mark aufgewertet haben. Natürlich müssen immer alle Sorgen ausgesprochen und ernstgenommen werden. Und manchmal haben Sie Einfluß, haben Sie großen Einfluß auf Entscheidungen; manchmal verhindern Sie Entscheidungen, weil man Sorgen anerkennen muß. Aber wenn Sie zurückdenken an diese 25 Jahre der Entwicklung der Bundesrepublik und überlegen, wie es denn eigentlich kommt, daß wir so wie das „Handelsblatt“ unsere gegenwärtige Lage als relative Bestleistung beurteilen können, dann stoße ich jedenfalls bei dem Versuch, eine Antwort zu finden, nur darauf, daß wir Glück hatten, so geschickt zu sein, die soziale Sicherheit und die soziale Fairneß in der Aufteilung des „Kuchens“ immer jedermann bewußt sein zu lassen und dies nicht nur am Sonntag oder am Überseetag oder am Geburtstag des Hafens, sondern auch im Alltag von Montag bis Sonnabend.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

